

# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 56-58

Autorin: *Marianne Rosenfelder*

Rezension

Gabriele Abels, Stefanie Sifft (Hg)

## **Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform.**

Frankfurt/New York 1999 (Campus), brosch., 276 S., 49.- DM.

Der vorliegende Sammelband ist aus dem Panel „Demokratie – eine Kultur auch für Frauen“ des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 1997 hervorgegangen. Die Herausgeberinnen haben sich zum Ziel gesetzt, aus feministischer Sicht eine politische Theorie zu entwickeln, die Demokratie nicht nur als „regulative Idee“ und zu universalisierende Herrschaftsform auffasst (12), sondern auch als politische Beteiligungsform für eine geschlechter- und sozialgerechte Gesellschaftsform. Der Staatsskepsis vieler feministischer Demokratietheorien widersprechen *Gabriele Abels* und *Stefanie Sifft* mit einer kontextualisierten Staats- und Demokratietheorie, die die Interdependenz von staatlichem Handeln, Demokratie sowie Gender- und Klassenverhältnis im Zeitalter der Globalisierung und Neoliberalisierung thematisiert. Geographisch erstrecken sich die Beiträge auf Frankreich und die USA, Lateinamerika, Deutschland, Russland, die Türkei und Südafrika. In keinem dieser Länder partizipieren Frauen gleichberechtigt an der politischen Macht.

*Georgina Waylen* sowie *Donna Punkburst* und *Jenny Pearce* gehen der Frage nach, ob Demokratisierung ein egalitäres Projekt ist. Sie zeigen anhand der Transitionsprozesse in der „Dritten Welt“, dass Frauen zwar in der Phase der Transition von der Diktatur zur Demokratie eine Rolle spielen können, aber in der Phase der Konsolidierung nicht unbedingt von ihrem politischen Engagement profitieren. Die Institutionalisierung der Demokratie führt also nicht notwendig zur Demokratisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Zum Thema „Staat als feministisches Projekt“ stellt *Birgit Sauer* einen neoinstitutionalistischen Ansatz vor, der die „blockierende Frontstellung, ‚Autonomie versus Institution‘“ überwindet und danach fragt, „wie der Staat und seine Agenten Frauenpolitik und Feminismus konstruieren“ (80). Sie entlarvt die vermeintliche Neutralität der Bürokratie als „versachlichten Maskulinismus“ (88). Feministische Politik muss im Zeitalter der Demokratisierung die soziale Frage berücksichtigen und die Kategorien Klasse, Ethnie und Kultur politisieren. Dies sind Ziele, die politischer Regulierung bedürfen.

*Dorothy McBride Stetson* und *Amy Mazur* untersuchen den Beitrag frauenpolitischer Behörden in den USA und Frankreich und kommen zu dem Schluss, dass trotz nationaler Unterschiede staatliche Behörden zur Demokratisierung der Demokratie beitragen können (128). Susanne Zwingel beschreibt die Entwicklung der oppositionellen Frauenbewegung Chiles seit dem Militärputsch 1973 von Schweigemärschen gegen Menschenrechtsverletzungen zu Basisökonomiegruppen der 80er Jahre und untersucht die Handlungsmöglichkeiten des 1991 per Gesetz gegründeten chilenischen Frauendienstes SERNAM (Servicio Nacional de la Mujer). An SERNAM zeigt sich die kulturelle und Sozialisationsbedingtheit von Gender, insbesondere der Einfluss der katholischen Kirche und rechtsnationaler Kräfte. SERNAM ist, so Zwingel, „Ausdruck und Fortschreibung“ klassenspezifischer Herrschaftsverhältnisse (150) und so demokratisch wie der Staat, der es kriert hat.

Die geringe politische Beteiligung von Frauen in Russland und vorher in der SU begründet *Susanne Kraatz* mit dem „frauenfeindlichen Nominierungsverhalten“ aller russischer Parteien und der egalitätsfeindlichen politischen Kultur Russlands. Die neue russische Frauenbewegung ist primär eine Transformationsbewegung, die dem Systemwandel gerecht zu werden versucht und wie einst die Menschenrechtsbewegung in der SU problemspezifisch und bisweilen unkonventionell operiert. Insgesamt, so Kraatz, ist der russische Staat Frauen gegenüber offener als die Parteien, auch wenn die Implementation von Frauenpolitik hinkt.

*Gabriele Wilde* befasst sich mit der „Konstruktion des Weiblichen durch den bundesdeutschen Rechtsstaat“. Das Recht formuliert nicht etwa die politische und ökonomische StaatsbürgerInnenschaft, sondern definiert Frauen mittels des Eheprivilegs als Geschlechtsbürgerinnen und entlässt sie in die verfassungsrechtlich geschützte, öffentlich bedeutsame Privatheit der Familie. Wildes Konklusion ist, dass gerade in der „Politisierung der familialen Privatheit“ (203) für Frauen die Chance liegt, sich vom Rechtsobjekt zum Rechtsobjekt mausern und politische Gleichheit erringen.

*Barbara Holland-Cunz* entwirft ausgehend von Carole Petersons Diktum „we do learn to participate by participating“ das Modell einer herrschaftsfreien feministischen Theorie der Demokratie als nach innen und außen herrschaftskritische, partizipatorische, direkte, diskursive und bindungsorientierte, d.h. Gemeinschaftsstiftung prozessual erfassende Herrschaftsform, welche sich gegen alle Formen politischer Exklusion wendet und sich die Frauenbefreiung zum Ziel gesetzt hat.

*Yesim Arat* zeigt, wie Frauen in der Türkei seit dem Militärputsch 1980 gegenüber einem starken autokratischen Staat bürgerliche Rechte eingefordert und damit zum Liberalismus und zur Demokratie beigetragen haben. Wie in Chile agierten Frauen nicht gegen Männer, sondern aus ihrer traditionellen Geschlechterrolle heraus als Mütter und Ehefrauen. Für Arat sind selbst Islamistinnen in dem Sinne liberal, dass sie durch ihr Engagement die Grenzen des Politischen erweiterten. Insbesondere Feministinnen haben mit ihren das Individuum betreffenden politischen Forderungen dem das Gemeinwohl definierenden, elitären kemalistischen Staat ein nicht dirigistisches interessenorientiertes Verständnis von Demokratie entgegengesetzt. Trotz konfligierender Interessen haben Frauen einen gemeinsamen öffentlichen Raum geschaffen

Den Zusammenhang von Klasse, Rasse und Gender und damit die Frage, wann, wie und welche Frauen am politischen Prozess partizipieren (269) stellen *Susanne Poetz-Neuburger* und *Inge Niehaus* am Beispiel Südafrikas dar. Zwar hat die ausgehandelte Transition vom Apartheitsregime zur Mehrparteidemokratie Frauen formal demokratische Errungenschaften wie die verfassungsrechtlich garantierte Gleichstellung und die für Afrika höchste Rate an Parlamentarierinnen beschert, doch die Transition überdauernde Ungleichheiten bleiben bestehen. Real haben Frauen kaum Einfluss in klassischen Politikfeldern und auf kommunaler Ebene.

Insgesamt ist es den Autorinnen gelungen durch die Verquickung von theoretischen und empirischen Arbeiten den problematischen Prozess der Demokratisierung aus feministischer Sicht darzustellen. Mit der Zuordnung von Demokratie und Institution, Klasse und Gender bleibt der praxeologische Bezug gewahrt. Der internationale Rahmen zeigt die Problematik der Universalisierung von Demokratie und die durch den jeweiligen kulturellen und historischen Hintergrund von Gender bedingte Vielschichtigkeit der Thematik.

*Marianne Rosenfelder*